

23.04.2018

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der AfD

Auflösung der Stabsstelle für Umweltkriminalität – Verstößt Ministerin Schulze Föcking gegen den Geist des Parlaments?

In der mündlichen Fragestunde am 21. März begründete Ministerin Schulze Föcking ihre Entscheidung, die Stabsstelle für Umweltkriminalität im Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz aufzulösen, mit deren geringen Bedeutung bei der Aufklärung von Umweltstraftaten.

Im Plenum versicherte Ministerin Schulze Föcking, dass bei ihrem Amtsantritt nur eine einzige Person mit Arbeitsschwerpunkt Greifvogelmonitoring die Stabsstelle besetzt hatte. Das belegen die 340 Fälle illegaler Greifvogelverfolgung.

Auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Rainer Deppe, ob die Stabsstelle für die PCB-Belastung im Umfeld der Firma Envio und der Shell-Leckage aktiv beteiligt gewesen sei, antwortete die Ministerin, es habe in der gesamten Zeit keine Kontaktaufnahme zur und durch die Stabsstelle gegeben bzw. eine Beteiligung der Stabsstelle sei weder vorgesehen noch notwendig gewesen.

WDR-Recherchen haben ergeben, dass die Ministerin die Bedeutung der Stabsstelle erheblich relativiert hat. Laut WDR würden sich 70 der insgesamt 660 Aktenordner der Stabsstelle mit Greifvögeln befassen. Das ist eine deutliche Abweichung zu den Angaben der Ministerin über die Bedeutung der Artenschutzkriminalität innerhalb der Stabsstelle.

Auch waren die Angaben der Ministerin zum Envio-Skandal und der Shell-Leckage irreführend. Laut WDR-Recherchen war die Stabsstelle in beiden Fällen aktiv beteiligt. Über 34 Ordner zum Envio-Skandal wie auch eine gemeinsame Projekt-Arbeitsgruppe Dortmund Hafen/Envio würden eindeutig die aktive Rolle der Stabsstelle belegen. Zudem teilt ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Köln mit, dass die umweltrechtliche Stellungnahme im Fall Shell dazu beigetragen habe, ein Bußgeld in Höhe von 1,8 Millionen Euro gegen den Betreiber zu verhängen.

Datum des Originals: 23.04.2018/Ausgegeben: 23.04.2018

Letztlich ist Ministerin Schulze Föcking nicht für ihre Entscheidung, die Stabsstelle aufzulösen, zu kritisieren. Es liegt in ihrer Handlungskompetenz als Ministerin, über die Struktur ihres Ministeriums zu entscheiden. Der Skandal der Ministerin liegt jedoch in der Art und Weise, wie sie mit der Öffentlichkeit und dem Parlament umgeht.

Das Parlament ist ein Ort der politischen Auseinandersetzung und verlangt von allen Fraktionen insbesondere von den Vertretern der Landesregierung, Ehrlichkeit, Redlichkeit und Charakterstärke.

Der Landtag muss in einer Aktuellen Stunde über die irreführenden Angaben der Ministerin Schulze Föcking wie auch über den Geist des Parlaments diskutieren.

Nic Peter Vogel
Andreas Keith

und Fraktion